

## Kanzlerin Merkel - ein gelungener Start

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde!



Mit diesem Informationsbrief möchten wir Sie als Berliner Landesgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion künftig regelmäßig über aktuelle Themen und unsere Arbeit im Deutschen Bundestag informieren.

Bundespolitisch gibt die neue Bundesregierung unter Führung unserer Kanzlerin Angela Merkel Gelegenheit zu einer Bilanz der ersten hundert Tage. Gleich zu Beginn der Legislaturperiode hat die Große Koalition eines der wichtigsten Vorhaben angepackt und auch verabschiedet. Nach zuletzt noch einmal zähen Verhandlungen ist nunmehr eine endgültige Einigung auf eine umfassende Föderalismusreform erzielt worden. Damit können die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern klarer geregelt und mit einer neuen Kompetenz-Zuordnung die Gesetzgebungsverfahren beschleunigt werden.

Der Anteil zustimmungspflichtiger Gesetze im Bundesrat wird deutlich reduziert werden. Ihre Zahl soll von 60 auf rund 40 Prozent sinken. Im Gegenzug erhalten die Länder mehr eigene Zuständigkeiten. Insbesondere wird ihnen in mehreren Bereichen das Recht eingeräumt, von Bundesregelungen abzuweichen. Dies betrifft etwa das Hochschul- und Umweltrecht. Zudem können sie das Verwaltungsverfahren zu Bundesgesetzen eigenständig regeln. Bereits in diesem Monat soll die größte Verfassungsreform seit 1949 erstmals in Bundesrat und Bundestag debattiert werden. Bei zügigen Beratungen könnte das Paket noch vor der Sommerpause verabschiedet werden.

Ebenso ist das im Januar von der Koalition beschlossene Beschäftigungs- und Wachstumspaket mit einer Größenordnung von 25 Milliarden Euro zur Förderung insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen jetzt auf den Weg gebracht worden. Im Februar hat die erste Lesung des Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung stattgefunden. Kernpunkte sind vor allem verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen. Darüber hinaus ist für 2008 eine umfassende Unternehmenssteuerreform geplant.

Dies alles zeigt, dass Angela Merkel und mit ihr die Bundesregierung die ersten hundert Tage zügig genutzt haben, die Probleme unseres Landes mutig und entschlossen anzugehen.

Auf den folgenden Seiten möchten wir uns Ihnen gern als Berliner Landesgruppe kurz vorstellen.

Ich persönlich betreue seit der Bundestagswahl 2005 meinen Heimatwahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf und den Wahlkreis Mitte im Deutschen Bundestag. Hier bin ich zum einen Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, wo meine Schwerpunkte in den Bereichen europäischer Verkehrspolitik, der Verkehrsfragen zum Aufbau Ost und des Luftverkehrs liegen. Daneben bin ich tätig im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und betreue dort die Themen Daseinsvorsorge, Transeuropäische Netze/Verkehrspolitik und Verbraucherschutz. Darüber hinaus gehöre ich den Delegationen des Bundestages im Europarat und der WEU an.

Mit freundlichen Grüßen

*Ingo Schmitt*

Ingo Schmitt MdB  
Vorsitzender der Landesgruppe

## Monika Grütters



Monika Grütters zog als Spitzenkandidatin für die Berliner CDU in den Bundestagswahlkampf. Die CDU-Politikerin, die sich schon im Berliner Abgeordnetenhaus einen Namen in den Bereichen

Kultur und Wissenschaft gemacht hat, mischt nun auch auf Bundesebene in ihren angestammten Felder mit: Grütters ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie im Ausschuss für Kultur und Medien. Hier hat sie die Fraktion auch zur Obfrau für Kultur gewählt. In beiden Ausschüssen ist Grütters die einzige Berlinerin unter allen Mitgliedern. Das ist Herausforderung und Chance zugleich, denn in Berlin findet sich die an Kultur und Wissenschaft reichste und vielfältigste Region in ganz Deutschland. Allein vom Haushalt des Staatsministers

für Kultur und Medien gehen 42 Prozent in die deutsche Hauptstadt; das sind beinahe 420 Mio. Euro jährlich. Und das ist mehr als das Land Berlin selbst mit seinem Kulturbudget von 380 Mio. Euro dafür aufwendet. Grütters: „Man kann sich vorstellen, welche Gestaltungsmöglichkeiten eine Berliner Stimme im Bundestag hier hat, zumal beide Ressorts, Bildung und Kultur, von der CDU geführt werden. Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan und Bernd Neumann als Staatsminister für Kultur und Medien sind zudem echte Freunde der Hauptstadt.“ Für Themen wie die Qualität für die Hochschulen, die Sanierung der Staatsoper, den Ausbau der Museumsinsel, die Gestaltung des Schlossplatzes oder ein Konzept für das Mauer-Gedenken ist Grütters Berichterstatterin der Fraktion. Grütters: „In uns allen steckt viel Schwung eines geglückten Startes der neuen Bundesregierung unter Angela Merkel. Lassen Sie uns diesen Schwung nutzen für eine kreative politische Arbeit für Berlin in der Regierungsfraktion.“

## Karl-Georg Wellmann



Der Berliner Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann aus Steglitz-Zehlendorf startet als ordentliches Mitglied des Auswärtigen Ausschusses in die parlamentarische Arbeit des 16.

Deutschen Bundestages. Wellmann war zuvor seit 2001 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhaus und stadtentwicklungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Darüber hinaus ist Wellmann stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Dem Auswärtigen Ausschuss gehören 36 ordentliche Mitglieder an. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt in der Begleitung, Erörterung und Kontrolle von außenpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung. Wellmann ist in der Gruppe der Außenpolitiker der CDU/CSU-Fraktion für die osteuropäischen

Länder, einschließlich des Baltikums und Russlands zuständig, ferner für die nordischen Länder. Zusätzlich ist Wellmann Fraktionssprecher im Unterausschuss „Vereinte Nationen“ des Auswärtigen Ausschusses. In Bezug auf Osteuropa gibt es zahlreiche Themen, die für die Bundesrepublik Deutschland außenpolitisch wesentlich sind. Dazu gehören in erster Linie der Ausbau der strategischen Partnerschaft mit Russland und der kritische Dialog über Menschenrechte und Probleme des Landes auf dem Weg zur Demokratie. Dies gilt auch für Weißrussland und die Ukraine, die sich in unterschiedlichen Stadien der Demokratisierung befinden. Während das autoritäre Regime in Weißrussland Anlass zu großer Sorge ist, sehen wir die Ukraine auf dem Weg zur Ausbildung demokratischer Strukturen. Wellmann: „Es ist im Interesse unseres Landes, dass sich in diesen Ländern stabile demokratische Gesellschaften herausbilden, die ihre Rolle in der Gemeinschaft der europäischen Staaten spielen können.“

## Peter Rzepka



Nachdem ihn die Tempelhof-Schöneberger CDU 2002 als Direktkandidaten für ein Bundestagsmandat nominiert hatte, zog Peter Rzepka im Herbst desselben Jahres in den Deutschen

Bundestag ein. Zuvor war er Mitglied des Abgeordnetenhaus von Berlin gewesen und – von 1971 bis 1975 – Bezirksverordneter im Bezirk Tempelhof. Nunmehr in seiner zweiten Wahlperiode ist der Abgeordnete Peter Rzepka ordentliches Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages. Dort fungiert er als Berichterstatter für den Komplex Unternehmenssteuerreform. Zu seinen „Berlin-Themen“ zählen neben Ursachen und Folgen der Berliner Haushaltsnotlage die Offenhaltung des Flughafens Tempelhof sowie das Eintreten für eine Tunnellösung für die Dresdner Bahn. Als Beleg für seine Arbeit im Parlament speziell in der 15. Wahlperiode wären die von ihm initiierte Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Stärkung des Berliner Luftverkehrs“ sowie der ebenfalls von ihm ausgegangene fraktionsübergreifende Antrag „Flugverkehrskonzept für den Großraum Berlin überprüfen – Flughafen Berlin Tempelhof offen halten“ zu nennen. Peter Rzepka wurde am 7. Juli 1944 in Pommern geboren und ist in Berlin-Lichtenrade aufgewachsen. Nach dem Abitur am Ulrich-von-Hutten-Gymnasium legte er in Berlin beide juristischen Staatsexamen ab. Bis zu seinem Einzug in den Deutschen Bundestag war er Leiter des Bereichs Steuern und Abgaben eines weltweit tätigen Berliner Unternehmens. Seit 1983 ist er als Rechtsanwalt zugelassen. Neben der Politik - Peter Rzepka trat bereits 1967 in die CDU ein - engagiert sich der Berliner Bundestagsabgeordnete für folgende Einrichtungen: Weißer Ring, Union-Hilfswerk, Fördervereine von Deutscher Oper und Staatsoper Berlin, Verein Berliner Künstler, FC Germania 1888 und die Freiwillige Feuerwehr Lichtenrade.

## Kai Wegner



Kai Wegner wurde 1972 in Spandau geboren und lebt mit seiner Frau im Herzen der Havelstadt. Seit 1989 ist Wegner in der CDU aktiv, seit 1999 Mitglied des Abgeordnetenhaus. Als wirtschaftspolitischer

Sprecher der Berliner CDU-Fraktion suchte er stets das Gespräch mit Arbeitnehmern und Unternehmern, mit Kammern, Verbänden und Gewerkschaften. Dem ehemaligen Mitarbeiter eines mittelständischen Bauunternehmens sind die Probleme der Berliner Wirtschaft bestens bekannt und die Förderung des Mittelstandes ein besonderes Anliegen. „Durch Steuererleichterungen und den Abbau von Bürokratie für mittelständische Unternehmen und Existenzgründer kann Berlins und letztlich Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden“, ist sich der Spandauer Bundestagsabge-

ordnete sicher, „denn gerade hier bestehen und entstehen viele Arbeitsplätze“. Wegner ist von der CDU/CSU-Fraktion in den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie berufen worden und hat große Ziele. Das Hauptanliegen seiner Ausschussarbeit sieht Wegner darin, Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Existenzgründern die Arbeit in Deutschland lohnenswert zu gestalten. Wegner: „Jeder muss etwas davon haben, dass er arbeitet oder Arbeitsplätze schafft und erhält.“ Darüber hinaus sind ihm Themen wie die Bekämpfung der Schwarzarbeit oder Entbürokratisierung wichtig. Die gleichzeitige Berufung in den Petitionsausschuss begreift der Spandauer Kreisvorsitzende als Chance, Mängel oder Ungerechtigkeiten in der Umsetzung eines Gesetzes aus erster Hand zu erfahren und sich bürgernah für die Lösung der Probleme zu engagieren. „Um den Menschen in unserem Land helfen zu können, bedarf es zur Vermeidung von Unrecht ihrer Unterstützung. Der Petitionsausschuss nimmt in unserer parlamentarischen Demokratie dabei eine zentrale Funktion ein.“

## CDU/CSU im Bundestag

Im 16. Deutschen Bundestag gibt es fünf Fraktionen mit insgesamt 614 Sitzen. Die CDU/CSU-Fraktion ist mit 226 Sitzen die stärkste Fraktion, gefolgt von der SPD-Fraktion mit 222 Sitzen, der FDP-Fraktion mit 61 Sitzen, der Fraktion Die Linke.

mit 54 Sitzen und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 51 Sitzen. Unter den Abgeordneten gibt es viele neue Gesichter - auch in der CDU-Landesgruppe Berlin. Vier der fünf Berliner



CDU-Bundestagsabgeordneten sitzen seit 2005 erstmals im höchsten deutschen Parlament. Nach dem Ergebnis der Bundestagswahl im vergangenen Jahr wurde am 21. November 2005 die Fraktionsführung von CDU/CSU neu zusammengesetzt. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde der ehemalige General-

sekretär und vormalige Erste Parlamentarische Geschäftsführer Volker Kauder gewählt. Erster Stellvertretender Vorsitzender wurde der CSU-Landesgruppenvorsitzende Dr. Peter Ramsauer. Weitere Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

sind: Wolfgang Bosbach, Dr. Michael Meister, Wolfgang Zöller, Ilse Elisabeth Falk, Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Hans-Peter Friedrich, Kaherina Reiche und Arnold Vaatz. Erster Parla mentarischer Geschäfts-

führer ist Dr. Norbert Röttgen (CDU). Die CDU-Landesgruppen werden als Sprecher vertreten durch Georg Brunnhuber. Weitere Informationen zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion, darunter die Biographien der Abgeordneten, können abgerufen werden unter [www.cducus.de](http://www.cducus.de). Foto: Deutscher Bundestag

### Nooke neuer Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung

Der ehemalige Berliner Bundestagsabgeordnete und frühere DDR-Bürgerrechtler Günter Nooke wird neuer Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung. Der 47-jährige gehörte dem Parlament von 1998 bis 2005 an. Der Vorsitzende der Berliner Landesgruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Ingo Schmitt MdB: „Die Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit der Ernennung von Günter Nooke eine ausgezeichnete Wahl getroffen. Ich bin sehr erfreut darüber, dass mit ihm künftig ein Mitglied der Berliner CDU eine derart herausragende politische Funktion ausüben wird. Hiermit möchte ich Günter Nooke persönlich und auch im Namen der Berliner Landesgruppe zu seiner neuen und verantwortungsvollen Aufgabe gratulieren.“

### Zieht der BND nach Berlin?

Weil diese Frage immer noch nicht abschließend geklärt ist, sorgte ein interner Bericht des BND für Verwirrung. Danach soll der Umzug von Pullach nach Berlin kostengünstiger sein, als der Verbleib des Geheimdienstes in Bayern. Diese Information wurde seitens des Bundeskanzleramtes nicht vollständig bestätigt. Fest steht jedoch, dass das derzeitige Gebäude in Pullach hochgradig sanierungsbedürftig ist und für den Fall, dass der BND dort bleibt, ein teurer Neubau errichtet werden müsste. Die CDU-Landesgruppe Berlin engagiert sich nachhaltig für Berlin als BND-Standort. Ingo Schmitt MdB dazu: „Der Umzug des BND von Pullach nach Berlin ist aus sicherheitspolitischen Gründen dringend notwendig. Gerade im Hinblick auf die permanente Gefahr des internationalen Terrorismus ist es im Sinne einer optimalen Vernetzung der Sicherheitsbehörden unumgänglich, dass die Zentrale des BND ortsnah zum Sitz der Bundesregierung angesiedelt wird. Die bestehenden Doppelzuständigkeiten stellen eine finanzielle und bürokratische Belastung dar.“ Eine endgültige Entscheidung über die Frage, ob der Geheimdienst nach Berlin zieht, fällt voraussichtlich im Mai 2006.

# Berlin als nationale Aufgabe

Der Deutsche Bundestag hat am 10. März die Beratungen über die Föderalismusreform aufgenommen. Zeitgleich wurde das Paket auch im Deutschen Bundesrat debattiert. Eines erscheint gewiss: Die Föderalismusreform ist auch ein Gewinn für Berlin, da die Hauptstadt nun endlich Verfassungsrang erhalten soll. Demnach ist vorgesehen, den Artikel 22 des Grundgesetzes durch folgenden Satz zu ergänzen: „Die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland ist Berlin. Die Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt ist Aufgabe des Bundes. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.“

## Hauptstadtklausel mit Leben erfüllen

Gleichzeitig wurde der Versuch abgewehrt, dem Bonn-Berlin-Gesetz Verfassungsrang zu geben. Eine Festschreibung der Teilung der Ministerien zwischen Bonn und Berlin konnte damit verhindert werden, für die Zukunft bleibt eine Neuordnung offen.

Alle Beteiligten, darunter auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, müssen die unsubstantiierte Hauptstadtklausel nun mit Leben erfüllen. Wichtig ist jetzt, dass klar definiert wird, welche Repräsentationsaufgaben Berlin für den

Bund wahrnehmen soll, wie hoch die tatsächlichen Kosten dafür sind und wie die Bundesgesetze bezüglich der Hauptstadt Berlin ausgestaltet werden.

## Gerechte Lastenverteilung

Unklar ist nach wie vor eine gerechte Lastenverteilung zwischen Bund, den Ländern und Berlin, die sich aus den hauptstadtbedingten Sonderaufgaben Berlins, vor allem aus der Hauptstadtfunktion im Sicherheits- und Kulturbereich ergibt. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hat offenbart, dass Berlin zwar wirtschaftlich von dem Regierungsumzug profitiert hat, die Hauptstadtfunktion jedoch eine nicht unerhebliche Belastung für den Berliner

Landeshaushalt darstellt. 34 000 Arbeitsplätze hängen nach der DIW-Studie an der Ansiedlung von Ministerien, Verbänden, Botschaften und Medien. 1,7 Milliarden Euro oder 2,4 Prozent der Bruttowertschöpfung entstehen durch die Bundesregierung und ihr Umfeld aus Einkommen der Mitarbeiter und Bestellungen bei Berliner Firmen. Von den dadurch in der Stadt anfallenden Steuermehreinnahmen von 370 Millionen Euro jährlich bleiben allerdings nur 170 Millionen in Berlin. Unter Berücksichtigung des Länderfinanzausgleiches und der höheren Verwaltungsaufwendungen bleibt der Hauptstadt ein Überschuss von 17 Millionen Euro - nicht genug, um die Hauptstadtkosten für Kultur, Sicherheit und Repräsentation zu decken.

## „Dienstleister für Deutschland“?

Bei der Aushandlung eines gerechten Lastenausgleichs darf es jedoch nicht



Ingo Schmitt, Friedbert Pflüger (v.l.): „Die Hauptstadt ist eine nationale Aufgabe.“

nur Forderungen durch das Land Berlin geben. Ein Gebaren, wie es Regierende Bürgermeister Wowereit z.B. bei der Haushaltssanierung an den Tag legt, in dem er sich hauptsächlich auf einen positiven Ausgang der Haushaltsklage in Karlsruhe verlässt und damit auch

hausieren geht, ist gegenüber den Vertretern von Bund und Ländern nicht zielführend. Im Vordergrund steht vielmehr die Frage: Welches Verständnis haben die Deutschen von ihrer Hauptstadt, was für eine Hauptstadt wollen sie und wie wollen sie sie ausstatten? Die Hauptstadtunion unterstützt die Forderung nach einer gerechten Lastenverteilung, denn schließlich übernimmt Berlin als Hauptstadt „Leuchtturmfunktionen“ für die gesamte Bundesrepublik. Dafür brauchen wir jedoch auch die Unterstützung aller Bundesländer und des Bundes. Die Finanzierung Berlins als Hauptstadt sollte daher eine nationale Aufgabe sein, denn unsere Stadt ist das Schaufenster und im gewissen Maße auch Spiegelbild Deutschlands. *Foto: Reitze*

## KONTAKT

Die Bundstagsabgeordneten der  
Berliner Landesgruppe  
in der CDU/CSU-Bundstagsfraktion



Ingo Schmitt  
Landesgruppenvorsitzender

Tel: 030. 227-79362  
Fax: 030. 227-76463  
www.ingo-schmitt.de

ingo.schmitt@bundestag.de



Prof. Monika Grütters

Tel: 030. 227-70222  
Fax: 030. 227-76223  
www.monika-gruetters.de

monika.gruetters@bundestag.de



Peter Rzepka

Tel: 030. 227-70999  
Fax: 030. 227-76999  
www.peter-rzepka.de

peter.rzepka@bundestag.de



Kai Wegner

Tel: 030. 227-77610  
Fax: 030. 227-76312  
www.kai-wegner.de

kai.wegner@bundestag.de



Karl-Georg Wellmann

Tel: 030. 227-70300  
Fax: 030. 227-76304  
www.wellmann-berlin.de

karl-georg.wellmann@bundestag.de

## IMPRESSUM

Herausgeber

CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1 - 10111 Berlin